

IG Metall und VDA: Europäische Klimaschutzpolitik muss anspruchsvoll und zugleich realistisch sein

**Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sowie hochrangige Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und Industrie diskutieren heute beim gemeinsamen IAA-Symposium von IG Metall und VDA
Zukunftsfragen der Automobilindustrie**

Frankfurt am Main - Die IG Metall und der Verband der Automobilindustrie (VDA) haben heute auf der IAA Anforderungen an die europäische und nationale Klimaschutzpolitik der kommenden Jahre formuliert. Um Beschäftigung in der Automobilindustrie zu sichern, sei eine kluge Politik notwendig, die anspruchsvolle, aber zugleich realistische Ziele setze. Technologieneutralität und die Koexistenz von Verbrennungsmotor und alternativen Antrieben seien dabei wichtige Prinzipien. Ziel müsse es sein, automobiler Wertschöpfung in ganz Europa zu sichern und zu stärken. „Die IAA 2017 ist für uns die Plattform für den Einstieg in eine intensive öffentliche Diskussion über die Ausgestaltung der Klimaschutzpolitik in der Europäischen Union. Das ist von höchster Dringlichkeit, da die erwartete CO₂-Regulierung die Weichen für die Zukunft der Automobilindustrie und ihrer Beschäftigten stellt“, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. Auch beim nationalen Klimaschutzplan der Bundesregierung sei eine Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Ausgewogenheit herzustellen. Matthias Wissmann, VDA-Präsident, sagte: „Die kommende Regulierung muss sowohl anspruchsvoll, zugleich aber auch machbar sein: Brüssel und Berlin setzen damit die entscheidenden

Rahmenbedingungen für Technologien, Investitionen und vor allem für Standorte und Arbeitsplätze in der europäischen Automobilindustrie bis 2030.“

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sowie hochrangige Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und Industrie diskutieren heute beim gemeinsamen IAA-Symposium von IG Metall und VDA Zukunftsfragen der Automobilindustrie. An der Podiumsdiskussion nehmen Michael Brecht, Vorsitzender des Daimler-Konzernbetriebsrats, Wolf-Henning Scheider, Vorsitzender der Geschäftsführung und CEO des Mahle-Konzerns, Prof. Rupert Stadler, Vorstandsvorsitzender der Audi AG, und Achim Dietrich-Stephan, Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei ZF, teil.

Um das europäische Ziel von 95-Gramm im Jahr 2020 zu erreichen, bedürfe es bereits enormer Kraftanstrengungen seitens der Industrie. Alternativen Antrieben käme eine immer größere Rolle für die CO₂-Minderung zu – darin seien sich IG Metall und VDA einig. Der IG Metall-Vorsitzende Hofmann sagte: „Nicht nur die Autoindustrie ist gefordert, noch mehr leistungsfähige, attraktive Elektroautos zu liefern. Auch die Politik steht in der Verantwortung: Ohne die notwendige Infrastruktur mit Ladesäulen, nachhaltiger Stromerzeugung, Speicherung und Verteilung kann der Hochlauf nicht gelingen. Auch die Käufer müssen gewonnen werden.“ VDA-Chef Wissmann sagte: „Deshalb sind wir gegen feste Quoten, die ausschließlich die Autoindustrie in die Verantwortung nehmen. Nur bei einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Industrie und Politik ist ein relevanter Elektrofahrzeuganteil von 15 bis 25 Prozent in Europa bis 2025 zu erreichen. Und nur wenn die Kunden tatsächlich

deutlich mehr Elektroautos und andere alternative Antriebsformen kaufen, sind anspruchsvolle CO₂-Ziele in Europa zu erreichen.“

Die Elektromobilität wird die Automobilproduktion erheblich verändern, davon könnten viele Tausend Arbeitsplätze betroffen sein. Eine aktuelle Studie des ifo-Instituts zeigt, dass in Deutschland rund 600.000 heutige Industriearbeitsplätze direkt oder indirekt am Verbrennungsmotor hängen. „Ein schlichtes Verbot dieser für den Standort Deutschland so wichtigen Technologie wäre daher ein Irrweg. Eine technologieoffene Regulierung, die den Unternehmen überlässt, wie sie Emissionsziele erreichen wollen, wäre klüger. So könnte viel eher gewährleistet werden, dass die Transformation der Branche hin zu alternativen Antrieben nicht zu Lasten der Beschäftigung in Deutschland geht“, sagte Wissmann.

Insofern sollten Politik, Unternehmen und Gewerkschaften den Transformationsprozess zusammen angehen, so IG Metall und VDA. Hofmann betonte: „Wertschöpfungsketten müssen erhalten bleiben. Dafür brauchen wir Entscheidungen zur Industrialisierung von Produkten, etwa der Batteriezelle und zu Investitionen in die Standorte. Auch die Politik muss liefern: Neben notwendigen Investitionen in die Infrastruktur braucht es eine Arbeitsmarktpolitik, die diesen Transformationsprozess durch Qualifizierung unterstützt. Hier sind Unternehmen und Politik gefordert. Die Beschäftigten brauchen Sicherheit.“

Neben der Entwicklung der Elektromobilität wird auch der Verbrennungsmotor weiter verbessert. Konventionelle Motoren werden noch auf Jahrzehnte im Mix der Antriebsarten eine wesentliche Rolle spielen. Wissmann: „Wenn es außerdem gelänge, synthetischen Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen, könnten Autos mit Verbrennungsmotor auch CO₂-neutral werden.“

IG Metall-Chef Hofmann fordert darüber hinaus ein koordiniertes Zusammenwirken der Unternehmen, Verbände, Politik und anderer: „Nur bei einer Verkehrs- und Energiewende aus einem Guss können der Übergang zu alternativen Antrieben und die Transformation der Industrie praktisch umgesetzt werden. Erforderlich sind eine bessere Abstimmung von Instrumenten und deren jeweilige regionale Umsetzung – das erfordert neue Formen der Politikkoordination. Auch dafür muss die kommende Bundesregierung belastbare Vorschläge machen.“